

2. Im Rat der Fakultät müssen wir eine Auseinandersetzung mit dem Lehrkörper über dieses Vorkommnis führen, insbesondere über die Rolle von Prof. Elliger.

Dekan und Studentenvertreter werden durch den Prorektor darauf aufmerksam gemacht, daß die Institution der Studentenvertreter jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt⁶.

In einer Information, die Gen. Wilke (Staatssekretariat für Kirchenfragen) am 11.3.1960 an den "Gen. Weise" weiterreicht, heißt es:

"An der theologischen Fakultät wurde heute von 10-13 Uhr eine Diskussion geführt.

Anwesend waren Gen. Prorektor Naumann, Gen. Huth, Parteileitung, Prof. Fascher, Prof. Schneider, Prof. Elliger, Dr. Morawe, Frau Dr. Fessen, Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, ein Vertreter des Grundstudiums Marxismus-Leninismus.

Den Studenten (ca. 60) wurde ihr Brief an den Präsidenten und den Ministerpräsidenten vorgehalten. Es wurde ihnen erklärt, daß die prinzipielle Linie für die sozialistische Umgestaltung von uns bestimmt würde. Sie dagegen versuchten Einzelfälle aus zwei Kreisen anzuführen. Es zeigte sich, daß zwei der Studenten aus diesen Kreisen waren.

Der Brief soll erst abgeschickt werden, wenn funfundzwanzig Personen unterschrieben hatten.

Anfänglich waren die Gen. Naumann und Huth sehr offensiv aufgetreten und haben das Handeln der Studenten als Provokation bezeichnet. Sie zogen sich dann in ihrer Argumentation zurück, als von Seiten der Theologen darauf hingewiesen wurde, daß sie nicht provozieren wollten, sondern aus Sorge um die Durchführung der Dinge gehandelt hätten.

Als Ergebnis wurde festgelegt, daß Prof. Elliger einen Brief mit den konkreten Fakten an den Ministerpräsidenten über Gen. Naumann schicken wird.

Die FDJ-Hochschulgruppe wird nach dem nächsten Plenum des ZK der SED eine Vollversammlung der Theologischen Fakultät zu Landwirtschaftsfragen durchführen.

Der Brief liegt uns noch nicht vor, ebenso die Anzahl der Unterschriften⁷.

Diese Aktion der Studenten löste große Nervosität aus. "Gen. Weise" spricht in einem Schreiben an Rudi Bellmann, Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim Zentralkomitee der SED, von einer "ernsten Situation". Am 12.3.1960 schreibt er:

"In der Anlage übersenden wir [...] die Berichte über die von der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität durchgeführte Provokation.

Ich schlage vor, daß wir, da es sich nicht nur um eine Angelegenheit des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen handelt, mit den Genossen der daran interessierten staatlichen Organe eine Beratung durchführen.

⁶ BA, Potsdam, R 3, 2138/1

⁷ SAPMO BA Arch-ZPA IV 2/14/179, S. 100.

Ich erachte es deshalb für notwendig, weil es eine sehr ernste Situation ist, die meines Erachtens nicht zu einer prinzipienfesten Haltung der betreffenden Genossen bei der Klärung dieser Angelegenheit geführt hat [...] ⁸

Der Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium an der Humboldt-Universität, Prof. Naumann, schreibt am 12.3.1960 an das Staatssekretariat für Kirchenfragen:

"Werter Genosse Eggerath!

In der Anlage übersende ich Dir die Abschrift eines Briefes, den Studenten der Theologischen Fakultät an den Ministerpräsidenten zu schicken beabsichtigen und für den sie bereits Unterschriften sammeln.

Die Ausarbeitung wurde am Dienstag, dem 8.3.1960 begonnen, wir erhielten am Donnerstag (10.3.1960) davon Kenntnis. Anlaßlich dieses Briefes wurden von uns am Freitag, den 11. März 1960, zwei Versammlungen mit den Studenten der Theologischen Fakultät durchgeführt, auf denen sich nur eine Studentin von diesem Brief distanzierte.

Sehr interessant war zu beobachten, daß Prof. Elliger die Haltung der Studenten sehr aktiv unterstützte und sich ein enger Zusammenhang zwischen den reaktionären Kräften der Studentenschaft und des Lehrkörpers zeigte.

Das Ergebnis der Auseinandersetzung war, daß die Studenten ihre Meinung nicht aufgaben, aber augenscheinlich die Unterschriften für den Brief nicht weiter sammeln und der Brief auch nicht geschickt wird. Prof. Elliger wird aber über den Prorektor oder den Rektor einen Brief schicken, in dem er seine Meinung und die der Studenten darlegt.

Ferner stimmten die Studenten dem Vorschlag zu, nach dem 8. Plenum eine Versammlung über Fragen der Landwirtschaft mit ihnen durchzuführen und Unterschriften für die Befreiung von Klaus Walter zu sammeln⁹.

IM "Meier" (Hanfried Müller) wurde bei einem Treff mit seinem Führungsoffizier, Major Ludwig, am 14.3.1960 auf diesen Vorgang angesprochen. "Meier" war über den Brief offensichtlich nicht informiert, aber er äußerte freimütig seine Vermutungen über die "reaktionäre Gruppe", die als Organisator denkbar wäre. Er nannte in diesem Zusammenhang die Namen von vier Studenten. Diese Gruppe sei organisatorisch nicht fest zusammengeschlossen, sondern finde sich aufgrund ihrer negativen Einstellungen bei bestimmten Anlässen zusammen. "Meier" sagte zu, daß er weitere Erkundigungen einzuziehen würde¹⁰.

Über einen Treff mit IM "Fritz" (Hans-Georg Fritzsche) am 18.3.1960 berichtet der Führungsoffizier:

"Mit dem GI wurden folgende Probleme besprochen. Er hatte ein Gespräch mit dem Studenten [...] über die Briefaktion der Studenten der Fakultät. Er charakterisierte F. als einen sehr finsternen und verbohrtten Mann, der sich ein-

⁸ A.a.O. S. 104.

⁹ A.a.O. S. 101.

¹⁰ BStU, ZA, AIM 387/85, Bd. 2, Bl. 114.

bildet, nun als V Student die Ansichten der Studenten bis zum letzten Bluts tropfen vertreten zu müssen. Mit ihm zu reden ist zwecklos, er stand noch immer starr und fest hinter dem Brief der Studenten. Im Gespräch mit [] erfuhr der GI lediglich, daß insgesamt 67 Unterschriften gesammelt worden seien. Wer unterschrieben hat, das hat der GI auch nicht mitbekommen. Im Gespräch mit [] hat der GI auch erfahren, daß die Studenten am 11. und 12.3.60 abends am Radio gesessen haben und darauf warteten, daß der RIAS etwas von ihrer Aktion bringe, aber vergeblich. Der GI ist der Meinung, daß der Ausgangspunkt der Aktion der Studenten das Studentenheim in der Tucholskystr. 7 ist, das glaubte der GI aus dem Gespräch mit [] schließen zu können.

Im Gespräch mit dem Studenten [] erfuhr der GI weiter, daß der Brief, den Elliger an das ZK schreiben wollte, von Elliger geschrieben und abgesandt wurde.

Mit dem GI wurde beraten, inwieweit man gegen Elliger vorgehen könne. Der GI ist der Meinung, daß sich alle bei irgendwelchen Maßnahmen hinter E stellen würden, sowohl die Studenten als auch die Angehörigen des Lehrkörpers, daß aber auch das mit der Zeit in Vergessenheit geraten würde [...]

Der GI bekam dann genaue Verhaltenslinie, wie er sich in Zukunft gegenüber Elliger zu verhalten habe, daß er sich einen besseren persönlichen Kontakt mit Elliger schaffen sollte.

Der GI wurde davon unterrichtet, daß am Mittwoch, den 23.3.60 eine Sitzung des Rates der Fakultät stattfindet, wozu der GI wahrscheinlich noch eingeladen werde. Der GI erhielt eine genaue Instruktion, wie er sich bei einer evtl. Diskussion um das Problem des Briefes verhalten solle und wie er sich bei evtl. Abstimmung über Elliger verhalten sollte. Er soll stets versuchen die Linie der Mehrheit zu gehen und soll sich vor allem auf das festlegen, was Prof. Vogel sagt.¹¹

Prof. Elliger schreibt am 12. März 1960 "an das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Berlin":

"Unter der Studentenschaft der Theologischen Fakultät der Humboldt Universität ist eine große Unruhe über die Maßnahmen entstanden, die im Zusammenhange der Werbung der Einzelbauern für die LPG ergriffen worden sind, zumal die Studenten aufgrund der ihnen aus ihren Heimatkreisen zugegangenen Berichte den Eindruck gewannen, daß sich die bei der Werbeaktion angewandten Methoden nicht in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen gehalten haben. Sie hielten sich als Bürger der DDR und als Christen in ihrem Gewissen verpflichtet, sich der persönlichen Bedrängnis und der inneren Not anzunehmen, in die manche Bauern durch ein hartes Vorgehen geraten sind. In einem Schreiben an den Herrn Ministerpräsidenten Grotewohl wollten sie unter Angabe einiger Beispiele die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Vorgänge lenken und um Abhilfe der Mißstände bitten. Sie brachten darin auch die Befürchtung zum Ausdruck, daß das Vertrauen der Bevölkerung dieser Gebiete zur Regierung und zu den Staatsorganen erschüttert und die Einstellung zur Arbeit negativ beeinflußt wurde.

In einer von Herrn Prorektor Dr. Naumann auf Grund dieses Vorhabens veranlaßten Aussprache mit den Studenten wurde eindeutig und klar herausge-

¹¹ BStU ZA, AIM 112/85, Bd. 1, Bl. 101-102

stellt, daß der Anlaß zu diesem Schritt das unmittelbare Betroffensein von der inneren wie äußeren Bedrängnis vieler Bauern gewesen ist und keinerlei politische Nebenabsichten, weder innen noch außenpolitischer Natur mit im Spiele waren. Es wurde weiter eindeutig und klar herausgestellt, daß dieser Schritt aus eigener Initiative und nicht etwa unter fremdem Einfluß erst erfolgt ist. Es wurde endlich eindeutig und klar herausgestellt, daß das Eintreten für die Bedrängten mit allem Ernst als ein Akt der Mitarbeit, nicht aber als offene Protestaktion gegen die Regierung gedacht und in Sonderheit jeder Versuch einer Unterstellung hetzerischer Provokation entschieden zurückzuweisen ist.

Daß der Herr Prorektor die Studenten darauf hinwies, daß nach den Universitäts-Satzungen das Sammeln von Unterschriften ohne die Erlaubnis des Rektors nicht zulässig sei und er wiederholt darauf aufmerksam gemacht hatte, daß das ZK der SED sich bereits im Dezember 1959 gegen alle Überspitzungen in der Werbearbeit für den Eintritt in die LPG ausgesprochen habe, machte ich, um dem ernstesten Anliegen der Studenten in legaler Weise Gehör zu verschaffen, den Vorschlag, daß ich eben dieses Anliegen, das ich voll und ganz mit den Studenten teile, in einem über den Herrn Prorektor geleiteten Schreiben dem ZK der SED zur Kenntnis bringe. Dieser in der Studentensammlung übernommenen Verpflichtung komme ich hiermit nach und entspreche zugleich dem Auftrag, die von den Studenten genannten Beispiele mitzuteilen:

1. In Goosen, Dissen und Dörftern der Kreise Guben und Großenhain haben sich Mitglieder der Werbebrigaden gewaltsam Zugang zu den Gehöften verschafft;

2. In Pinnow (Guben) vorübergehender Freiheitsentzug ohne Haftbefehl

3. Selbstmorde und Nervenzusammenbrüche in den Kreisen Großenhain, Guben, Herzberg, Podelzig und Seelow,

4. Die Art und Weise der Aufklärungsarbeit in verschiedenen Kreisausgaben der 'Ostseezeitung' und der 'Lausitzer Rundschau' ('Wer nicht in die LPG eintritt, ist für den Krieg').

Ich darf dem drei mir zur Kenntnis gekommene Schreiben in Abschrift anfügen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir durch Ihre Beantwortung dieses Briefes die Möglichkeit geben würden, den Studenten zu sagen, daß die entstandenen Nöte in den Grenzen des Möglichen noch Möglichen behoben und ähnliche Vorfälle für die Zukunft verhindert werden sollen.¹²

Am 23. Mai 1960 fand gegenüber Prof. Elliger im Rektorat eine "mundliche Beantwortung" des Briefes statt, bei der Prorektor Naumann und zwei weitere Genossen anwesend waren. In dem Protokoll wird vermerkt:

"Die Auseinandersetzung wurde erschwert, weil Prof. Elliger sachlichen Argumenten fast kaum zugänglich war. Ganz offensichtlich war er mit dem Ziel zu uns gekommen, keinen Millimeter von seiner Forderung, daß das ZK schriftlich die Tatsache 'des Vorkommens von Überspitzungen im Prozeß der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft' eingestehen sollte, abzugehen.

Unsere Argumente waren folgende: Der Genosse Naumann stellte zuerst die Frage, ob er die Materialien des 7. und 8. Plenums studiert habe. Ferner wies er

¹² Archiv HUB, Theol. Fak., W. Elliger